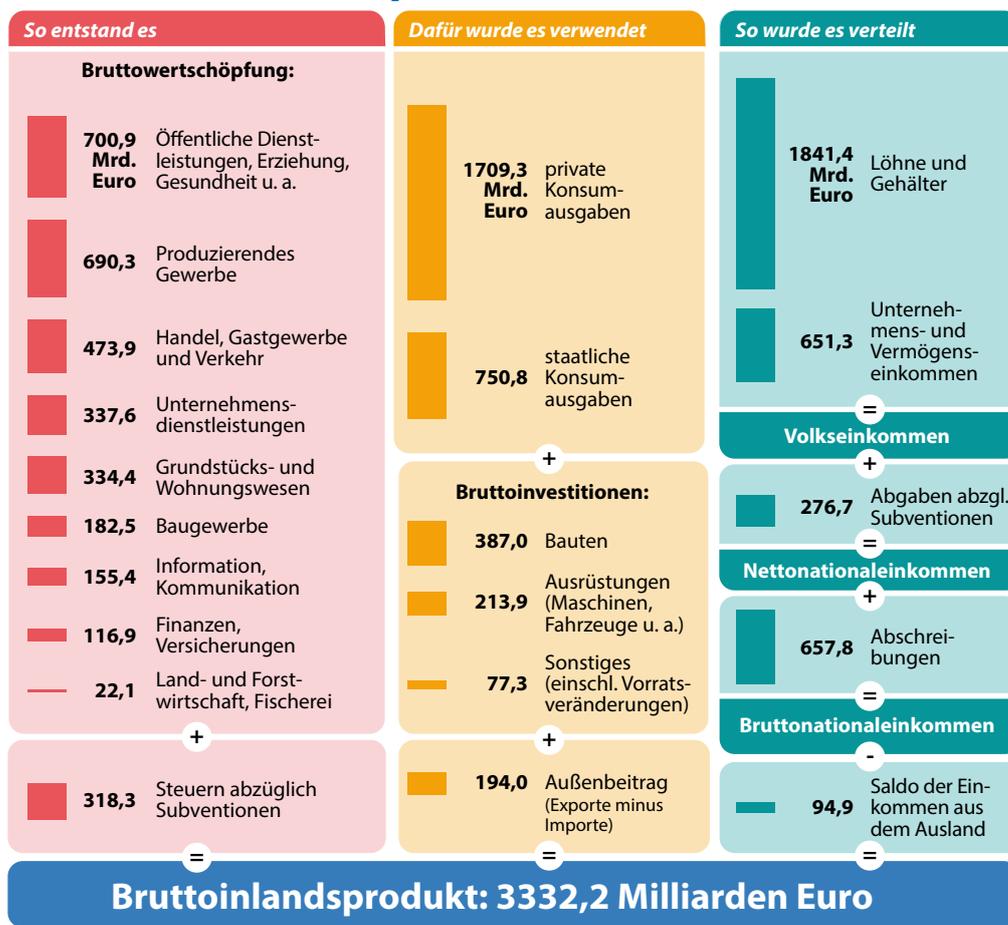


Deutschlands Volkswirtschaft zieht Bilanz

Das Bruttoinlandsprodukt 2020 Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Stat. Bundesamt

rundungsbedingte Differenzen

Stand Februar 2021

© Globus



Messgröße für das Wirtschaftswachstum

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums. Gemessen wird der Wert sämtlicher im Inland hergestellter Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung). Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen gehen nicht in die Berechnung ein. Das BIP wird in laufenden Preisen und preisbereinigt (real) berechnet. Die Veränderungsrate des realen BIPs dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft. Das BIP wird in Deutschland über die Entstehungs- und Verwendungsseite berechnet. In der Entstehungsrechnung wird die Wertschöpfung aller Produzenten als Differenz zwischen dem Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen einerseits und dem Vorleistungsverbrauch andererseits berechnet. Auf der Verwendungsseite stehen die Größen Konsum, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte minus Importe). Im Jahr 2020 erreichte das deutsche BIP eine Höhe von 3332,2 Milliarden Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/szXxL>)

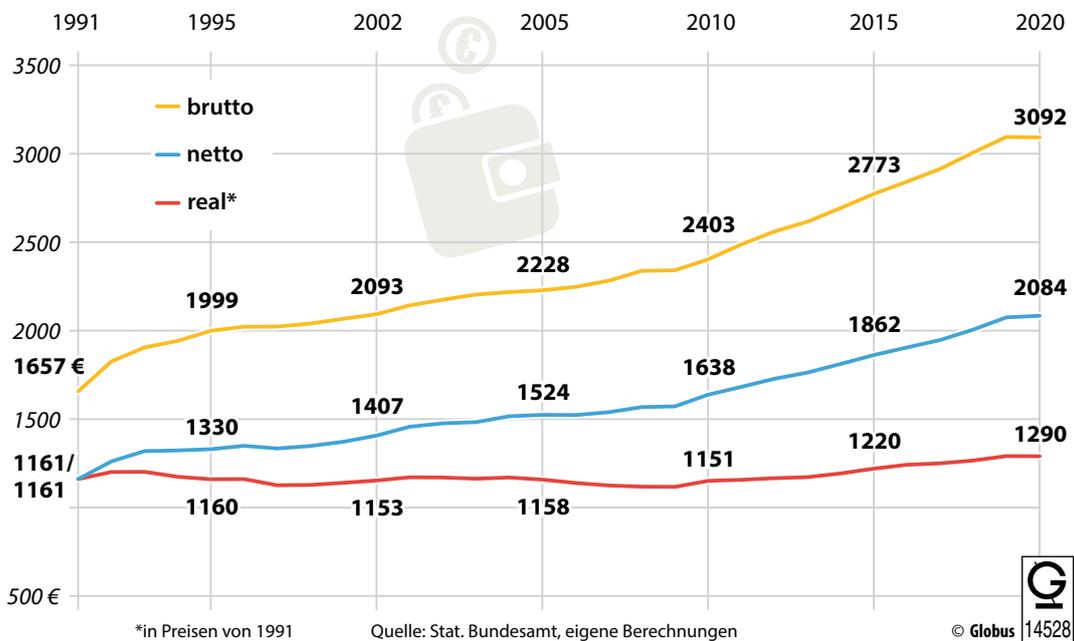
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Februar 2022

Siehe auch Grafik: 14510 Die Leistung unserer Wirtschaft, 14319 Die größten Volkswirtschaften der Welt, 14309 Das Gutachten der „fünf Weisen“

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Ginette Haußmann

Die Lohnillusion

Durchschnittlicher monatlicher Verdienst je Arbeitnehmer in Deutschland in Euro



Im Schneckentempo

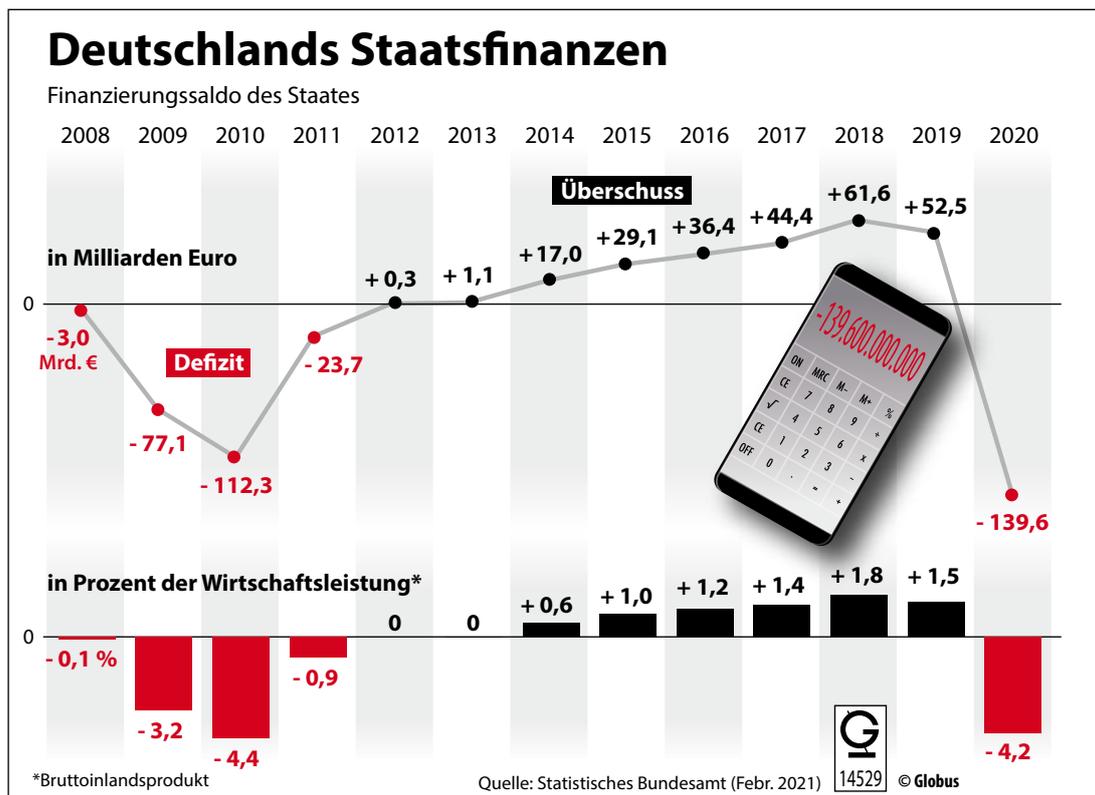
Auf den ersten Blick kann sich die Einkommensentwicklung der letzten Jahre in Deutschland sehen lassen. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer erhöhten sich von 1657 Euro im Jahr 1991 auf 3092 Euro im Jahr 2020; das ist ein Plus von 86,6 Prozent. Und auch netto – also nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen – gab es über die Jahre einen ordentlichen Zuwachs: Plus 79,5 Prozent (von 1161 auf 2084 Euro) lautet das Ergebnis im Vergleich zu 1991. Berücksichtigt man jedoch die Geldentwertung durch den Anstieg der Verbraucherpreise, dann schrumpft dieser Zuwachs erheblich – und zwar auf 11,1 Prozent. Denn die Verbraucherpreise in Deutschland sind seit dem Jahr 1991 um rund 61,5 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man diese Entwicklung, dann ist die Kaufkraft der Nettomonatsverdienste im Jahr 2020 nur um 129 Euro höher als im Jahr 1991. Mit anderen Worten: Die Realeinkommen der Arbeitnehmer haben sich von 1991 bis 2020 nur im Schneckentempo erhöht – der Arbeitnehmer von heute kann sich gerade einmal für knapp 130 Euro (in Kaufkraft des Jahres 1991) mehr leisten als vor 29 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/kvCHi>), eigene Berechnungen

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Ende 2021

Siehe auch Grafik: 14449 Verbraucherpreise in Deutschland, 14502 Steigende Löhne

Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Dr. Bettina Jütte



Defizit in Rekordhöhe

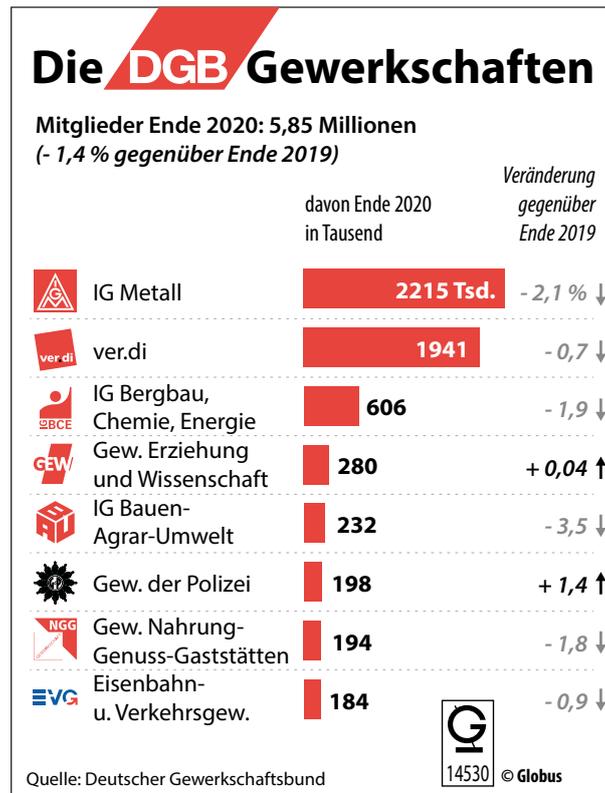
Die Coronakrise hat 2020 in Deutschland zu einem Staatsdefizit in Rekordhöhe geführt. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts betrug das Finanzierungsdefizit fast 140 Milliarden Euro. Einnahmen in Höhe von 1563,0 Milliarden Euro (3,0 Prozent weniger als 2019) standen Ausgaben von 1702,6 Milliarden Euro (9,3 Prozent mehr als 2019) gegenüber. Das Defizit von 139,6 Milliarden Euro entspricht 4,2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (des Bruttoinlandsprodukts BIP). Dieser Prozentsatz ist die sogenannte Maastricht-Quote, die auf den Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 zurückgeht und die später auch in den Stabilitäts- und Wachstumspakt übernommen wurde. Darin ist festgelegt, dass die Defizitquote in den Euro-Ländern nicht über drei Prozent und die Schuldenstandsquote nicht über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts liegen soll. Zuletzt hatte Deutschland im Jahr 2010 diese Marke überschritten (4,4 Prozent Defizit), seitdem schrumpfte das Defizit und wandelte sich sogar in einen Überschuss. – Alle EU-Staaten sind wegen der Corona-Pandemie und ihren Folgen in eine Rezession geraten, d. h. die Wirtschaftsleistung schrumpfte im vergangenen Jahr. Das bedeutet zum einen weniger Steuereinnahmen für den Staat, aber auch zusätzliche Ausgaben, um die Pandemie zu bekämpfen und Unternehmen und Beschäftigte zu unterstützen. Deshalb hat die EU-Kommission diese Regeln des Maastricht-Vertrags für 2020 und 2021 ausgesetzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt <http://dpaq.de/7QGit>; <http://dpaq.de/2GzMi>

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022

Siehe auch Grafik: 14339 Eurozone: Defizit und Staatsverschuldung, 14309 Das Gutachten der „fünf Weisen“

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Stärkste Gewerkschaft ist die IG Metall

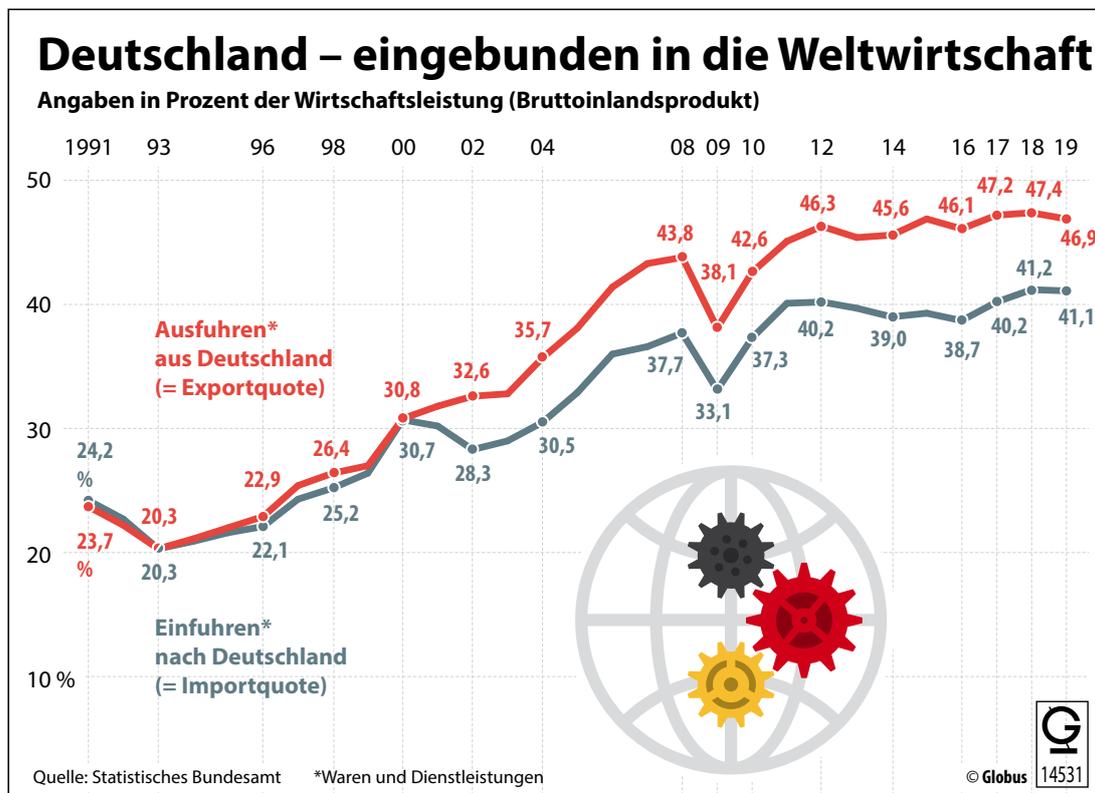
Die Zahl der Mitglieder beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ist im Jahr 2020 leicht gesunken. Ende 2020 zählten die acht DGB-Gewerkschaften noch 5 850 167 Organisierte, das waren rund 85 000 oder 1,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Blickt man weiter zurück auf das Jahr 2010, wird der Schrumpfungsprozess noch deutlicher: Damals hatten die acht Einzelgewerkschaften zusammen noch rund 6,2 Millionen Mitglieder. Und im Jahr 1991, also im Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung, hatten die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften fast zwölf Millionen Mitglieder (vor der Wiedervereinigung waren es noch knapp acht Millionen). Die Stärkste unter den acht Einzelgewerkschaften, die IG Metall, hatte Ende 2020 rund 2,2 Millionen Mitglieder. Die kleinste DGB-Gewerkschaft, die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), zählte 184 000 Organisierte.

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund (<http://dpaq.de/pVFAA>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2022

Siehe auch Grafik: 14059 Streiks in Deutschland, 14057 Wo Arbeitnehmer mitbestimmen, 13960 Mit und ohne Tarifvertrag

Grafik: Dr. Jürgen Reschke, Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Exportquote seit 1991 fast verdoppelt

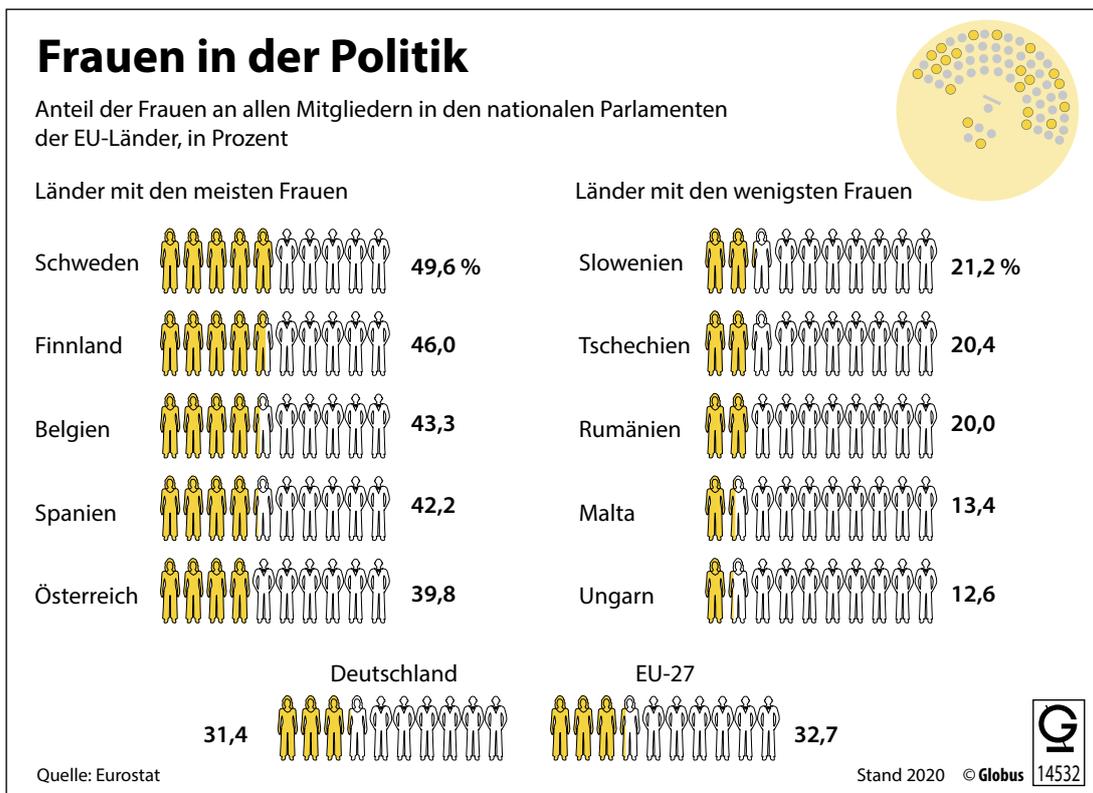
Produkte „Made in Germany“ sind weltweit gefragt: Die deutschen Ausfuhren erreichten bis zum Jahr 2019 immer neue Rekordmarken. Ähnliches gilt auch für die Importwerte. Denn Deutschland ist nicht nur ein großer Lieferant, sondern auch ein großer Kunde auf dem Weltmarkt. Das bringt Deutschland den dritten Platz sowohl unter den weltweit größten Exportnationen als auch bei den weltgrößten Importeuren ein; nur China und die USA haben ein höheres Außenhandelsvolumen. Wie stark die deutsche Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verflochten ist, zeigt auch ein Blick auf zwei spezielle Quoten: die Export- und die Importquote. Sie setzen die Ausfuhren bzw. die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt. Demnach stieg die deutsche Importquote von 24,2 Prozent im Jahr 1991 auf 41,1 Prozent im Jahr 2019. Die Exportquote verdoppelte sich im selben Zeitraum fast von 23,7 auf 46,9 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/z4BRg>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Ende 2021

Siehe auch Grafik: 14497 Deutschlands wichtigste Handelspartner, 14481 Deutschlands Außenhandel, 13919 Die größten Importeure der Welt, 13901 Die größten Exporteure der Welt

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Sophie Lauterbach



Nicht gleichauf mit den Männern

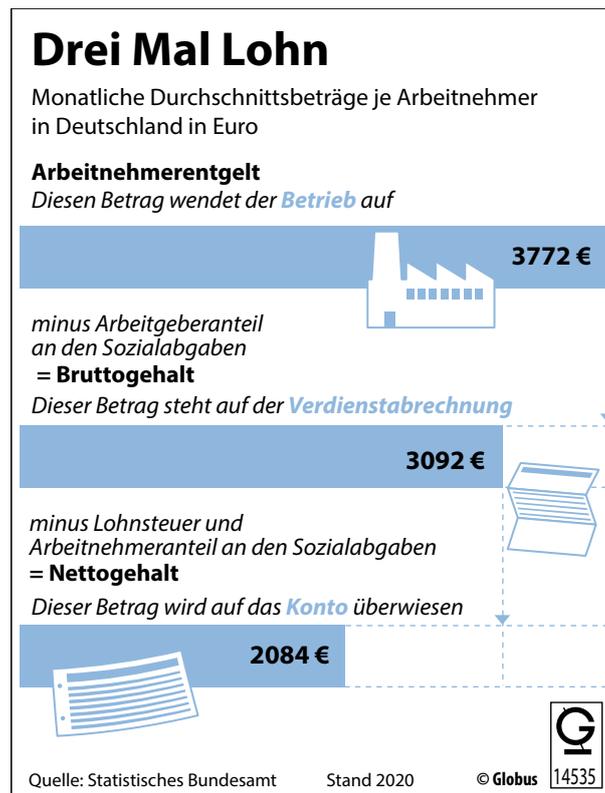
Frauen haben in den heutigen EU-Staaten im Laufe des 20. Jahrhunderts das Wahlrecht erlangt. Vorreiter war Finnland im Jahr 1906. Erst spät – 1974 – durften auch die portugiesischen Frauen zur Wahlurne. Bis heute sind Frauen in der Politik nicht so repräsentiert wie Männer. In keinem nationalen Parlament der 27 EU-Länder sind Frauen in der Mehrheit, und nur in den wenigsten Ländern herrscht Parität im Parlament. 2020 war Schweden ganz vorne mit dabei. Mit rund 50 Prozent sind sie die Nummer eins unter den EU-Ländern. Ganz am Ende der Liste findet sich Ungarn. Dort sind nur knapp 13 Prozent der Abgeordneten im nationalen Parlament weiblich. Obwohl Deutschland seit fast 16 Jahren von einer Frau geführt wird, ist die Zahl der Frauen im Bundestag im EU-Vergleich eher durchschnittlich: Nur rund ein Drittel der Abgeordneten sind weiblich.

Quelle: Eurostat (<http://dpaq.de/dtKXj>)

Datenerhebung: Stand März 2021

Siehe auch Grafik: 14493 Frauen in der Wissenschaft, 14297 Geschlechtergerechtigkeit in der EU-28, 14259 Frauenquote in den Landesparlamenten, 14227 Frauen in Führungsetagen

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Weronika Peneshko



Verschiedene Perspektiven

Wenn Chef und Mitarbeiter über Lohn und Gehalt reden, diskutieren sie oft aneinander vorbei. Der Arbeitgeber stöhnt über die hohen Lohnkosten, der Arbeitnehmer beklagt sein niedriges Nettoeinkommen. In der Tat: Vom Aufwand für Arbeit, wie ihn das Unternehmen in seiner Kostenrechnung kalkuliert, landet nur gut die Hälfte (55 Prozent) auf dem Konto des Arbeitnehmers. Durchschnittlich 3772 Euro im Monat mussten die Arbeitgeber im Jahr 2020 für jeden abhängig Beschäftigten kalkulieren. Davon sind nur 3092 Euro brutto auf der monatlichen Lohn- und Gehaltsabrechnung ausgewiesen. Unsichtbar für den Arbeitnehmer bleiben jene 680 Euro, die der Betrieb als Arbeitgeberbeiträge an die Sozialkassen abführt. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung bleiben dem Beschäftigten 2084 Euro netto im Monat. Fazit: Der Betrieb wendet 3772 Euro auf, der Beschäftigte erhält 2084 Euro. Den Unterschied zwischen Lohnkosten und Nettolohn – in diesem Beispiel 1688 Euro – kassieren der Staat und die Sozialversicherung. – Die Berechnungen in dieser Grafik orientierten sich an einem vereinfachten Modell. So können beispielsweise Zahlungen des Arbeitnehmers in eine private Altersvorsorge den Nettoverdienst zusätzlich verringern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/aU6fm>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022

Siehe auch Grafik: 14505 So viel für die Sozialversicherung, 14366 Die soziale Höchstlast, 14362 Der Einkommensteuer-Tarif

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink